

FDP Rheinland-Pfalz · Am Linsenberg 14 · 55131 Mainz

An den
Landesverband Haus & Grund Rheinland-Pfalz e.V.
Verbandsdirektor RA Ralf Schönfeld
Kaiserstraße 9
55116 Mainz

Wahlprüfsteine

Mainz, 21. Dezember 2015

Volker Wissing
Vorsitzender der
FDP Rheinland-Pfalz
Am Linsenberg 14
55131 Mainz

rlp@fdp.de
www.fdp-rlp.de
twitter.com/fdprlp
facebook.com/fdprlp

T: 06131 232 541
F: 06131 233 803

Sehr geehrter Herr Schönfeld,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 3. Dezember 2016 und die beigefügten Wahlprüfsteine für die Landtagswahl 2016. Zu Ihren Fragen nehme ich wie folgt Stellung:

Wahlprüfstein Nr.1

Wohnungspolitik-Demografischer Wandel

Wie möchten Sie im Fall einer Regierungsbeteiligung sicherstellen, dass Rheinland-Pfalz als attraktiver Wohnstandort erhalten bleibt und das Wohnraumangebot reibungslos den veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden kann?

In Rheinland-Pfalz muss zwischen ländlichen Räumen und städtischen Gebieten unterschieden werden. Dem Wegzug von Menschen aus ländlichen Regionen muss durch ein besseres Angebot an Infrastruktur begegnet werden. Dazu gehört nicht nur eine gute Verkehrsinfrastruktur sondern auch eine hervorragende IT-Infrastruktur.

Unternehmen und damit Arbeitsplätze wird es auf Dauer nur geben, wenn die Fläche in Rheinland-Pfalz nicht abgehängt wird. Nur wenn es attraktiv bleibt, in ländlichen Gegenden zu leben, werden die Immobilien dort ihren Wert behalten.

Bei der Anpassung des Immobilienbestandes an eine durch die demographische Entwicklung bedingte Änderung der Nachfrage sollte den Eigentümern die Freiheit gelassen werden, wie sie darauf reagieren. Starre Vorgaben, wie sie bei der letzten Novelle der Landesbauordnung eingeführt wurden, sind kontraproduktiv.

Am wichtigsten ist aber, dass die Eigentümer die Chance haben müssen, ihre Investitionen am Markt refinanziert zu bekommen. Deshalb darf das Wohnen durch staatliche Vorgaben nicht zusätzlich verteuert werden. Hierzu gehören z.B. überzogene Anforderungen an energetische Sanierungen oder die Erhöhung von Grunderwerbsteuer und Grundsteuer.

Es kann richtig sein, dass die politischen Kräfte, die durch ihre politischen Entscheidungen das Wohnen verteuern, gleichzeitig die Schuld für Mietsteigerungen den Eigentümern zuweisen.

Wahlprüfstein Nr.2

Energiewende-Klimaschutz

Werden Sie im Fall einer Regierungsbeteiligung die energiepolitischen Ziele für den Gebäudebestand beibehalten, verschärfen oder senken?

Energiesparen liegt im natürlichen Interesse von Mietern wie auch Vermietern. Der Staat sollte daher sehr zurückhaltend mit Vorschriften agieren. Die staatlich vorangetriebene Isolierung von Gebäuden zeigt immer größere Nebenwirkungen, sei es im Bereich des Brandschutzes oder in einer notwendig werdenden Belüftung von Fassaden. Aus Sicht der Freien Demokraten ist der Energiepreis ein sehr starker Anreiz für Bauherren, sich um eine optimale Energieeffizienz zu kümmern. Dabei sollte der Staat aber davon absehen, ihnen konkrete Einzelmaßnahmen vorzuschreiben, sondern es den Bürgerinnen und Bürgern überlassen, selbst zu bestimmen, an welcher Stelle sie am effizientesten Energie sparen können.

Die Freien Demokraten lehnen jede gesetzliche Vorschrift ab, die den Bürgerinnen und Bürgern Investitionen vorschreibt, die diese sich unter Umständen finanziell gar nicht leisten können. Wir wollen, dass das eigene Heim für möglichst viele Menschen in Deutschland ein realistisches Ziel bleibt, dessen Erreichung nicht durch staatliche Auflagen und Vorschriften künstlich erschwert werden darf.

Wahlprüfstein Nr.3

Immobilienrecht-Mietpreisbremse

Welche Position vertritt Ihre Partei zur Wirksamkeit der landesrechtlichen Regelungen zu Mietpreisbremse und Kappungsgrenze und wie planen Sie im Fall einer Regierungsbeteiligung mit dem von Bundesjustizminister Maas vorgelegten Eckpunktepapier für die 2016 im Bund beabsichtigten nächsten Mietrechtsreformen (u.a. die Neuregelung von Mietspiegel, Wohnflächenberechnung und Modernisierungumlage) umzugehen?

Die jüngst von Bundesjustizminister Maas vorgelegten Eckpunkte lehnt die FDP Rheinland-Pfalz grundsätzlich ab. Statt die preistreibenden Entscheidungen des Staates zu korrigieren, wird an den Symptomen kuriert. Wichtige Investitionen in den Wohnungsbau werden unter diesen Bedingungen unterbleiben.

Wahlprüfstein Nr.4

Immobilienbezogene Steuern und Abgaben

Beabsichtigen Sie im Falle der Regierungsbeteiligung zusätzliche Belastungen für Eigentümer und/oder Erwerber von Immobilien, seien sie selbstgenutzt oder vermietet?

Der FDP geht es darum, die Rahmenbedingungen für Investitionen zu verbessern statt sie weiter zu verschlechtern, wie Bund und Land es in den letzten Jahren getan haben.

Mit freundlichen Grüßen

